

Neujahrsempfang 2025

Dankesrede | Prof. Dr. Rosario Figari Layús, Trägerin des Voltaire-Preises 2025

Sehr geehrter Herr Präsident Prof. Oliver Günther,
Sehr geehrte Frau Dr. Friede Springer,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Es freut mich sehr und es ist mir eine große Ehre, den Voltaire-Preis für Toleranz, Völkerverständigung und Respekt vor Differenz für das Jahr 2025 zu erhalten.

Ich möchte mich ganz herzlich für den Preis bedanken. Dieser ist für mich nicht nur eine wichtige Anerkennung meiner bisherigen wissenschaftlichen Arbeit und meines Engagements im Bereich der Menschenrechte, der Friedensforschung und der Wissenschaftsfreiheit, insbesondere in Lateinamerika. Vielmehr bietet der Preis auch die Möglichkeit, diesen Themen und den aktuellen Herausforderungen in diesen Feldern mehr Sichtbarkeit zu verleihen.

Daher möchte ich die Relevanz und Aktualität der Werte hervorheben, die der Voltaire-Preis ehrt und fördert, insbesondere im derzeitigen Kontext, in dem Toleranz, Völkerverständigung und Respekt vor Differenz stark von autoritären Tendenzen national und international infrage gestellt werden und gefährdet sind.

Ich möchte deshalb betonen, dass die Tatsache, dass ich heute hier sein kann, um diesen Preis entgegenzunehmen, nicht nur das Ergebnis einer individuellen Anstrengung ist, sondern auch das Ergebnis vielfältiger kollektiver, individueller und institutioneller Unterstützung, sowohl in meinem Heimatland Argentinien als auch in meiner zweiten Heimat Deutschland. Eine dieser Institutionen ist die Universität von Buenos Aires, an der ich vor circa 20 Jahren Soziologie studiert habe, eine Institution, an der ich nicht nur eine akademische Ausbildung erhalten habe, sondern auch grundlegende Werte wie die Verteidigung der Menschenrechte, die Bedeutung von kollektiver Arbeit und Kämpfen, und von Solidarität kennengelernt habe. Dort hatte ich die Möglichkeit, Akademiker*innen und Mitstudierende zu treffen, die sich in der schwierigen sozialen Realität des Landes engagierten. Während dieser Zeit hatte ich die Möglichkeit, an einem Forschungsprojekt mitzuwirken. Ziel war es, ein Archiv mit Aussagen und Erfahrungen von Opfern der letzten zivil-militärischen Diktatur in Argentinien (1976–1983) aufzubauen und damit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit zu leisten. Ermöglicht wurde das Projekt durch die Zusammenarbeit der Universität mit der Asociación de ex Detenidos y Desaparecidos, einer Menschenrechtsorganisation, die von Überlebenden der illegalen geheimen Haft und Folter während der Diktatur gegründet wurde.

Aus diesem ersten Forschungsprojekt habe ich die tiefe Überzeugung mitgenommen, dass es gilt, Forschung, Lehre und die Verteidigung der Menschenrechte, die Suche nach Gerechtigkeit und Wahrheit

für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Friedensbildung miteinander zu verbinden. Ich hatte seither das Privileg, an verschiedenen Projekten in Lateinamerika und in Deutschland mitzuwirken, die das auf unterschiedliche Weise getan haben. All diese Projekte unterstreichen die große Bedeutung, aber auch die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen Universitäten und der Zivilgesellschaft zu stärken. Dies ist nicht nur für die Entwicklung einer praxisorientierten Theorie und Lehre wichtig, sondern auch für den Wissensaustausch und die Bereicherung der öffentlichen Debatten. Diese Debatten können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratisierung, der Diversität und zur Sicherstellung der Nichtwiederholung vergangener Gewalt leisten.

Heute ist jedoch leider zu beobachten, dass kritische Akademiker*innen, Studierende sowie Akteure der Zivilgesellschaft, die sich für Menschenrechte einsetzen, in vielen Ländern, darunter auch in meinem Heimatland, mit immer größeren Herausforderungen konfrontiert sind.

In Argentinien sind unter der gegenwärtigen Regierung der extremen Rechten viele Menschenrechtsverteidiger*innen, Forscher*innen, Frauenrechtler*innen, sowie andere kritische Akteure wiederholt Ziel von unterschiedlichen Formen von Angriffen und von Diffamierungskampagnen geworden.

Paradoxe Weise kam im Jahr 2023, also zum 40. Jahrestag des Übergangs zur Demokratie in Argentinien, eine Regierung an die Macht, die Hassreden verbreitet sowie Verachtung für die Menschenrechte und diejenigen, die Menschenrechte verteidigen. Während der Diktatur in Argentinien verschwanden schätzungsweise 30.000 Menschen. In den letzten 40 Jahren waren es die Menschenrechtsorganisationen, die Opferkollektive und die Familien der Verschwundenen, die für das Streben nach Wahrheit, Erinnerung und Gerechtigkeit gekämpft und sehr bedeutende Erfolge erzielt haben. Zu den Errungenschaften zählt die strafrechtliche Verfolgung zahlreicher Militärs und Zivilisten*innen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen während dieser Zeit verantwortlich sind. Die Bedeutung dieser Strafverfolgung für Erinnerungspolitik und Wiedergutmachung habe ich in meiner Dissertation analysiert. Leider werden heute viele dieser Fortschritte von der Regierung infrage gestellt und gefährdet, denn diese leugnet oder rechtfertigt vielfach die während der Diktatur begangenen Verbrechen.

Auch die öffentlichen Universitäten und anerkannten Forschungseinrichtungen des Landes werden dabei zum Ziel von Verleumdungskampagnen und Diffamierungen durch die Regierung, die die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse und von Wissenschaftler*innen zu wichtigen Themen wie dem Klimawandel leugnet. Die Angriffe auf Universitäten und Forschungseinrichtungen stellen eine schwerwiegende Verletzung der Wissenschaftsfreiheit dar. Diese werden durch erhebliche Budgetkürzungen, die in mehreren Fällen sogar die Kontinuität der Aktivitäten infrage stellen, noch verschärft.

Und leider stellen wir fest: Es handelt sich hier nicht um ein argentinisches Phänomen, sondern vielmehr um einen globalen Trend. In den letzten Jahren haben der zunehmende Einfluss autoritärer Regierungen und Radikalisierungstendenzen in verschiedenen Regionen der Welt zu einer dramatischen Einschränkung zivilgesellschaftlicher und akademischer Handlungsspielräume geführt. Das bedeutet zum einen die Einschränkung fundamentaler Rechte wie der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsäußerungsfreiheit. Zum anderen werden kritische Stimmen von Aktivist*innen, Menschenrechtler*innen, Akademiker*innen und Journalist*innen, die für Regierungen oder andere mächtige Akteure unbequem sind, in ihrer Arbeit behindert. Die kritischen Stimmen werden mit Drohungen und Diffamierungskampagnen eingeschüchtert, kriminalisiert oder sogar physisch angegriffen. In diesem Kontext ist die Forschung, die Berichterstattung oder das Engagement für die Menschenrechte zu einer riskanten Aufgabe geworden, insbesondere für diejenigen, die sich für den Umweltschutz, die Rechte von Land und indigenen Völkern sowie die Förderung der Rechte von Frauen

und LGBTQI+ einsetzen. Angriffe nehmen viele Formen an – rechtlich, finanziell, physisch, online – und sind wirklich global. Das heißt: Wir sehen diese problematische Entwicklung in unterschiedlichen Facetten und Ausprägungen ebenso in Europa und stellenweise auch in Deutschland.

Lateinamerika ist die Region mit dem höchsten Grad an Gewalt und sozialer Ungleichheit. In den letzten Jahren wurden in mehreren lateinamerikanischen Ländern die Räume für Aktivismus und kritische Forschung stark beeinträchtigt. Forschung zu kritischen Themen wie Menschenrechten, natürlichen Ressourcen, Geschlecht und marginalisierten Gruppen bergen für viele Wissenschaftler*innen, die in Kontexten extremer Gewalt, Autoritarismus und Diskriminierung in Lateinamerika arbeiten, große Risiken für sie selbst und ihr Umfeld. Aus diesem Grund gründete ich mit weiteren Kolleg*innen ein internationales Netzwerk, um die Risiko- und Bedrohungslage, der sich Wissenschaftler*innen stellen müssen, national und international sichtbar zu machen, Unterstützungsangebote zu fördern und zur Entwicklung gemeinsamer Bewältigungsstrategien beizutragen. Daraus ist das Netzwerk „Academicxs en Riesgo“ (dt. „Akademiker*innen in Gefahr“) entstanden, das dabei helfen soll, die Risiko- und Bedrohungssituation, der sich viele Wissenschaftler*innen in Lateinamerika ausgesetzt sehen, international sichtbar zu machen, Unterstützungsangebote zu verbreiten und zu fördern. In diesem Zusammenhang halte ich es für äußerst wichtig, dass die Rolle der Universitäten nicht nur in Wissensproduktion und -transfer besteht, sondern auch in der aktiven Unterstützung derjenigen, die sich aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft heraus für Menschenrechte, Wissenschaftsfreiheit, Friedensförderung und Demokratie einsetzen. Diesbezüglich wurde kürzlich ein gemeinsames Projekt von der Gerda Henkel Stiftung bewilligt, das ich zusammen mit Prof. Paul Gready (University of York) leiten werde und dessen Thema lautet: „Activists in Exile in an Era of Mass Displacement: Universities as Sites of Protection and Agency Supporters for Activists from Russia and Myanmar“. Ziel des Projektes ist es zu analysieren, welche Rolle Universitäten beim Schutz von bedrohten Menschenrechten und Umweltaktivist*innen in verschiedenen Regionen der Welt spielen können. Das Projekt hat einen stark praxisorientierten Fokus, da die Forschungsergebnisse auch dazu dienen sollen, Universitäten und politischen Entscheidungsträger*innen „good practices“ für die Unterstützung gefährdeter Gruppen zur Verfügung zu stellen.

In diesem schwierigen Umfeld ist der Voltaire-Preis für mich (und hoffentlich für viele andere) eine Ermutigung, mich weiterhin für Menschenrechte, Frieden, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und die Achtung des Andersseins einzusetzen.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei den Personen und Institutionen bedanken, mit denen ich in all den Jahren nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten durfte. Dazu zählen u.a. Universidad de Buenos Aires, Asamblea Permanente por los Derechos Humanos, kolko Menschenrechte für Kolumbien e.V., Humboldt-Universität zu Berlin, Universität Potsdam, Deutsches Institut für Menschenrechte e.V., Freie Universität Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Universität Potsdam, Deutsches Institut für Menschenrechte e.V., Universität Heidelberg, Universität Konstanz, Universität Bielefeld, Universität Marburg, Brot für die Welt e.V., Universität Gießen, das Institut Capaz, Scholars at Risk, York University und jetzt die Universität Bonn. Ich schätze auch sehr die Freiheit, das Vertrauen und die Unterstützung, die ich immer von diesen verschiedenen Institutionen und Personen – einschließlich meiner Familie sowie meinen Vorgesetzten, Kolleg*innen und Freund*innen – für meine Arbeit und mein Engagement erhalten habe. In diesem Sinne möchte ich an die Bedeutung von Solidarität und Menschlichkeit auf allen Ebenen appellieren – individuell, kollektiv, institutionell und international. Im Wissen um die schmerzhaften Folgen von bewaffneten Konflikten, autoritärer Politik und sozialer Ausgrenzung sind Preise wie der Voltaire-Preis von großer Bedeutung, um für das zu kämpfen, was in Argentinien, aber auch in vielen anderen Ländern zu einem Motto der Hoffnung und der demokratischen Werte geworden ist: das *Nunca Mas* (Nie wieder).

Prof. Dr. Rosario Figari Layús ist Juniorprofessorin für Versöhnungsforschung in der Soziologie und am Zentrum für Versöhnungsforschung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Sie hat einen Abschluss in Soziologie der Universität von Buenos Aires in Argentinien und einen Master in Politikwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin. An der Philipps-Universität Marburg promovierte sie im Bereich Politikwissenschaften zu dem Thema „Soziale Auswirkungen von Strafprozesse wegen Menschenrechtsverletzungen in Argentinien“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Menschenrechte, Friedens- und Versöhnungsforschung, Transitional Justice, politische und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Wissenschaftsfreiheit. Sie hat als Forscherin und Dozentin an verschiedenen Institutionen, wie der Universität von Buenos Aires, der Freien Universität Berlin, der Universität Heidelberg, der Universität Bielefeld, der Universität Marburg, der der Universität Konstanz und der Universität Gießen gearbeitet. Figari Layús ist Autorin mehrerer Bücher und Aufsätze zum Thema Menschenrechte und Friedensforschung in Lateinamerika, unter anderen: *The Reparative Effects of Human Rights Trials. Lessons from Argentina* (Transitional Justice Series, Rourledge), *The Role of transitional Justice in the midst of ongoing Armed Conflicts: the Case of Colombia* (Potsdam University Press, 2010) und *Los Juicios por sus protagonistas en Argentina* (*Die argentinischen Strafprozesse aufgrund von Menschenrechtsverletzungen aus Sicht ihrer Hauptakteure*, Eduvim). Im Jahr 2018 gründete sie zusammen mit Kolleg*innen das internationale Netzwerk „Academicxs en Riesgo“ (auf Deutsch „Akademiker*innen in Gefahr“), das dabei helfen soll, die Risiko- und Bedrohungslage, der sich Wissenschaftler*innen in Lateinamerika stellen müssen, international sichtbar zu machen, Unterstützungsangebote zu fördern und gemeinsame Bewältigungsstrategien zu entwickeln.